HAARETZ

Gericht blockiert staatliche Finanzierung für Organisation, die Silwan in Ostjerusalem judaisieren will

Ateret Cohanim wollte in Silwan, Ostjerusalem, ein Kulturzentrum errichten, doch das Gericht entschied, dass das Ziel der Siedlerorganisation, Ostjerusalem zu judaisieren, im Widerspruch zum Auftrag der Stiftung steht, der das Grundstück gehört: der Hilfe für Bedürftige



Silwan, Ostjerusalem, heute. Bildnachweis: Olivier Fitoussi

Nir Hasson 19. Oktober 2026

Ein Gericht in Jerusalem hat letzte Woche die Überweisung von Millionen Schekel vom Kultusministerium an eine rechtsgerichtete Organisation zur Errichtung eines jüdischen Kulturerbezentrums in Silwan, Ostjerusalem, gestoppt und damit den Bemühungen zur Judaisierung des palästinensischen Stadtviertels einen Rückschlag versetzt.
Das Bezirksgericht Jerusalem hob die Überweisung von Geldern an die rechtsgerichtete Organisation Ateret Cohanim auf.

Das Kulturerbezentrum war für das Viertel Batan al-Hawa in Silwan geplant, einem Schwerpunkt der Bemühungen von Ateret Cohanim, eine jüdische Präsenz in Ostjerusalem zu etablieren. Die Organisation stützt ihre Ansprüche auf das Gebiet auf die Tatsache, dass dort vor etwa einem Jahrhundert eine kleine Gemeinschaft jemenitischer Juden lebte.

Vor etwa 25 Jahren erlangte Ateret Cohanim die Kontrolle über die historische Stiftung, die das Land für die jemenitische Gemeinde erworben hatte, indem sie Mitglieder der Organisation als

Treuhänder ernennen ließ. Seitdem hat sie daran gearbeitet, Hunderte palästinensischer Bewohner aus dem Viertel zu vertreiben.

Richter David Ziller schloss sich dem Argument der Kläger an, dass das Ziel von „Ateret Cohanim", Ostjerusalem zu judaisieren, im Widerspruch zum Zweck der Stiftung steht, der das Grundstück gehört und die dazu bestimmt ist, Bedürftigen zu helfen. Ziller hob die Ausschreibung für das Projekt auf und verurteilte „Ateret Cohanim" zur Zahlung von 25.000 Schekel (etwa 8.000 US-Dollar) an Prozesskosten an die Kläger.



Silwan, Ostjerusalem, heute. Bildnachweis: Olivier Fitoussi

Vor etwa einem Jahrzehnt gelang es der Organisation, fünf palästinensische Familien aus einem Gebäude zu vertreiben, das als Synagoge der jemenitischen Gemeinde gedient hatte – das einzige erhaltene Bauwerk des jüdischen Viertels. Ateret Cohanim und die Regierung kündigten daraufhin Pläne an, in dem Gebäude ein Kulturzentrum einzurichten, und das Ministerium für Kulturerbe bewilligte rund drei Millionen Schekel für dessen Renovierung.

Ir Amim, eine israelische Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt befasst, sowie Bewohner von Silwan reichten beim Bezirksgericht eine Klage ein und argumentierten, die Übertragung öffentlicher Mittel sei rechtswidrig. In der von den Rechtsanwälten Yuval Adler, Luna Halloun und Carmel Pomerantz eingereichten Klage wurde geltend gemacht, das Projekt verstoße gegen die Bestimmungen der Benvenisti-Stiftung – einer jüdischen religiösen Stiftung aus dem späten 19. Jahrhundert in Ostjerusalem – und führe zu einem Interessenkonflikt.

In seiner Urteilsbegründung schrieb Ziller, dass „der mögliche Einfluss der Interessen von Ateret Cohanim auf die Entscheidungen der Stiftung hinsichtlich der Nutzung des Synagogengebäudes und dessen Vermietung speziell an Midreshet Yerushalayim", eine Tochtergesellschaft von Ateret Cohanim, „keine rein theoretische Sorge ist".



Silwan, Ostjerusalem, heute. Bildnachweis: Olivier Fitoussi

Ir Amim bezeichnete das Urteil als einen Sieg im Kampf gegen die Vertreibung palästinensischer Bewohner aus dem Viertel.

„Das Gericht entschied, dass es sich hierbei nicht um eine theoretische Sorge hinsichtlich eines Interessenkonflikts handelt und dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Verbindungen der Treuhänder der Stiftung zur Siedlerorganisation den Plan zur Einrichtung des Besucherzentrums geprägt haben“, erklärte die Organisation in einer Stellungnahme.

„Seit Jahren nutzt Ateret Cohanim die Stiftung, um palästinensische Familien aus ihren Häusern in dem Viertel zu vertreiben, während gleichzeitig versucht wird, eine geräumte Immobilie in ein mit der Organisation verbundenes Tourismusprojekt umzuwandeln. Das Urteil stoppt diesen Plan und stellt klar, dass das Vermögen der Stiftung nicht im Sinne der Interessen von Ateret Cohanim verwaltet werden darf.“

Das Projekt wurde nun zum zweiten Mal gestoppt. Im Jahr 2020 wurde es im Zuge eines separaten, von Ir Amim angestrengten Gerichtsverfahrens eingefroren, nachdem das Justizministerium festgestellt hatte, dass die Einrichtung des Zentrums im Widerspruch zum Zweck der Stiftung stehe.

Im Jahr 2022 gaben der damalige Justizminister Gideon Sa’ar und der damalige Minister für Jerusalem-Angelegenheiten Ze’ev Elkin bekannt, dass sie eine Vereinbarung mit dem Stiftungsregister getroffen hätten, wonach das Zentrum nicht von der Stiftung selbst, sondern von einer externen Organisation betrieben werden solle. Als sich herausstellte, dass der designierte Betreiber eine Tochtergesellschaft von Ateret Cohanim war, reichten Ir Amim und Anwohner die jüngste Klage ein.